

Aktuelle hochschulpolitische Themen

Überblicksseminar Hochschulpolitik
Florian Hillebrand, fzs-Vorstand



Was passiert gerade?

- Föderalismusreform
- Abschaffung Hochschulrahmengesetz
- BAföG-Erhöhung?
- Hochschulpakt
- Studiengebühren
- ...



Föderalismusreform

- umfangreichste GG-Änderung
- seit 1. September 2006 in Kraft
- Neuregelungen der Bund-Länder-Beziehungen in der Gesetzgebung
- Föderalismuskommission 2003/2004 scheiterte an der Frage der Bildungspolitik
- Gesetzgebungskompetenzen / Zuständigkeiten und Mitwirkungsrechte der Länder an Bundespolitik
- Föderalismusreform II: Finanzbeziehungen

Föderalismusreform - Themen

- weniger zustimmungspflichtige Gesetze
- Bildungspolitik: weitgehend ausschließlich Ländersache
außer: HS-Zugang und HS-Abschlüsse
und betrieblicher Teil der berufl. Ausbildung
- Bund zieht sich aus Hochschulbau und Bildungsplanung
zurück
- Beamtenrecht, Finanzen, Europa...
- Rückfall in Kleinstaaterei?



HRG-Abschaffung

- Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes
- HRG: grds. Aufgaben der HSen, HS-Zulassung
- 1. HRG 1976, sehr detailliert
- zahlreiche Novellierungen
- 6. HRG-Novelle 2002: Studiengebühren
- Abschaffung folgt aus Föderalismusreform
- Regelungskompetenz über Zugang und Abschlüsse bleibt, Recht der Bundesländer davon abzuweichen
- Bund kann Länder im Einvernehmen unterstützen



BAföG

- Staatliche Studienfinanzierung
- Seit 36 Jahren
- 50% Zuschuss / 50% Darlehen
- „elternabhängig“
- seit 2001 Sätze und Freibeträge nicht erhöht
- “BAföG rauf“ - Kampagne
- Aktuell im Bundestag: 2 mal 5% vs. direkt 10%
- langfristige Perspektive



Hochschulpakt 2020

- Initiative zur Schaffung neuer Studienplätze
- Vereinbarung von Bund und Ländern
- Ziel: 90.000 neue Studienplätze bis 2010
- KMK rechnet mit Bedarf von 200.000
- 1. Programmlinie Lehre
- Bund stellt 565 Mio € zur Verfügung
- 2. Programmlinie: Forschung



Studiengebühren

- Klare Ablehnung
- Aktionsbündnis gegen Studiengebühren
- Klagen, Boykotte
- UN-Sozialpakt
- von Bund und Ländern angenommen
- Deutschland verstößt mit Studiengebühren dagegen
- Bericht der Bundesregierung von 2006
- Schattenbericht gemeinsam mit GEW

